

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2015/3

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2014

ZUR SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr sind wir mit einem schwierigen Thema in die Sommerpause gestartet, das mich auch in der sitzungsfreien Zeit stark beschäftigen wird: Am 2. Juli hat der Bundestag sich mit verschiedenen Vorschlägen zur Neuregelung der Sterbehilfe befasst. So verschieden die Vorschläge auch sind, in einem sind sich alle einig: Leidende und sterbende Menschen brauchen Hilfe und Begleitung, denn zum würdigen Leben gehört auch das Sterben in Würde. Auch in Augsburg haben wir diese Themen diskutiert (S.4).

Menschliche Zuwendung und gute medizinische, pflegerische und seelsorgerische Hilfen bietet die Hospiz- und Palliativversorgung. Dank des Einsatzes vieler hat die Hospizbewegung aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus in den letzten Jahren eine Menge bewegt. Gemeinsam mit den Angehörigen

kümmern sich ambulante Palliativteams und stationäre Hospize um die Bedürfnisse Schwerstkranker und Sterbender. Aus- und Weiterbildung in der Palliativmedizin, neue Behandlungsmethoden und eine Lockerung des Rechts zur Abgabe schmerzstillender Medikamente ermöglichen heute in den allermeisten Fällen eine Behandlung, mit der unerträgliche Schmerzen wirksam gelindert werden.

Die palliativmedizinische Versorgung ist in den Städten schon recht gut ausgebaut, in strukturschwachen und ländlichen Regionen aber noch nicht. Mit einem Hospiz- und Palliativgesetz, das parallel zu den Sterbehilfe-Anträgen beraten wird, soll die Versorgung weiterentwickelt werden:

- Die Palliativversorgung wird Teil der Regelversorgung.
- Versicherte erhalten einen Anspruch auf Beratung.
- Überall, auch in ländlichen Regionen, sollen Schwerstkranke die Schmerzbehandlung spezialisierter ambulanter Palliativteams in

Anspruch nehmen können.

- Stationäre Hospize und ambulante Hospizdienste erhalten eine bessere Finanzierung und müssen nicht mehr so viele Eigenmittel aufbringen.
- Die medizinische und die pflegerische Versorgung sollen sich besser vernetzen.
- In stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern sollen die Palliativversorgung und die Hospizkultur gestärkt werden.

Wenn wir die Begleitung der Menschen am Lebensende auf diese Weise verbessern, dann wird sich hoffentlich der Wunsch nach Sterbehilfe gar nicht einstellen. Ärztinnen und Ärzte wünschen sich gute Rahmenbedingungen für eine Begleitung Sterbender, nicht für die Suizidbeihilfe. Darum halte ich es für eine richtige Entscheidung, beide Gesetzesvorhaben in zeitlichem Zusammenhang zu beraten.

Herzlich, Ihre

Ulrike Bahr

JA ZUM KINDERBEAUFTRAGTEN?

Deutschlands Kinderärzte haben mobil gemacht: Mit einer Petition, die in kurzer Zeit mehr als 100.000 Mitzeichner hatte, wandte sich die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin an den Bundestag und forderte die Einsetzung eines/einer Kinderbeauftragten, der oder die gegen Kinderrechtsverletzungen vorgehen und Gesetze auf Kinderfreundlichkeit prüfen soll.

Wegen der großen Zahl der Unterzeichner fand am 15. Juni eine öffentliche Anhörung statt, bei der ich die SPD-Fraktion vertreten durfte. Auch der Petitionsausschuss und die Kinderkommission nahmen Stellung.



Die Unterstützermitt ihrem Werbeplakat

Das Anliegen der Kinderärzte traf auf viel Verständnis. Deutschland muss noch einige Anstrengungen unternehmen, um der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in allen Punkten Geltung zu verschaffen. Gerade bei der Beteiligung von Kindern ist noch viel zu tun. Bei Gesetzesänderungen werden die Belange von Kindern oft nur wenig berücksichtigt—sie haben keine Wählerstimme und nur eine kleine Lobby.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb schon seit längerem die Forderung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und ihnen damit Verfassungsrang zu geben. Ob es Kindern hilft, beim Bundestag eine/n Kinderbeauftragte/n zu etablieren, ist dagegen noch ausführlich zu diskutieren. Die Kinderkommission als interfraktionelles Gremium arbeitet bereits für die Anliegen der Kinder. Ihre Mitglieder und die Abgeordneten meiner Fraktion haben sich noch keine abschließende Meinung zu diesem Thema gebildet.

LERNEN DURCH ENGAGEMENT

„Lernen durch Engagement“, nach dem US-amerikanischen Vorbild auch oft „Service Learning“ genannt, ist eine Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement mit Unterricht an Schule oder Universität verbindet. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende oder auch Studierende organisieren und betreuen am Gemeinwohl orientierte Projekte in Zusammenarbeit mit Akteuren der Zivilgesellschaft.



Zum Beispiel beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler in Biologie mit Ökosystemen, setzen sich mit der heimischen Tier- und Pflanzenwelt auseinander und legen in Zusammenarbeit mit dem Umweltschutzverein einen Naturlehrpfad mit Infotafeln zum lokalen Ökosystem an. Oder: Studierende befassen sich in ihrem Studium mit dem Thema „Völkergemeinschaft und Frieden“ und unterstützen die Arbeit von Einrichtungen der Flüchtlingshilfe vor Ort, beispielsweise mit Zeit für Begegnungen, Sprachkursen oder durch die gemeinsame Gestaltung einer Fotoausstellung „Kulturelle Vielfalt in unserer Stadt“.

In Augsburg beteiligen sich schon viele Schulen an dieser Lernform, zum Beispiel im Projekt „change in“. Angeleitete Mitarbeit in sozialen Projekten fördert sowohl das Lernen als auch das Engagement. Nun befasste sich damit auch der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement in der letzten Sitzung vor der Sommerpause. Gemeinsam mit Abgeordneten aus dem Bildungsaus-

schuss suchen wir jetzt nach Wegen, Service Learning in die Lehrerausbildung und damit bundesweit in die Schulen und Hochschulen zu bringen. Interessierte Schulen und Hochschulen erhalten Unterstützung bei ihren Projekten von der [Freudenberg-Stiftung](#).

PRAXIS TRIFFT POLITIK

Mehr als 70 Führungskräfte aus Sozialen Unternehmen (Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Altenhilfe) waren am 25. Juni meiner Einladung zu einem Fachgespräch „Praxis trifft Politik“ gefolgt.

Organisiert und unterstützt wurde das neue Format von der CGM Systema,



Mit Beate Wagner-Nothelle und GF Thomas Simon von der CGM

die Softwarelösungen für die Sozialwirtschaft entwickelt und vertreibt.

Stellvertretend für meine Kollegin Mechthild Rawert, MdB, die kurzfristig nach Straßburg musste, gab die Fraktionsreferentin Beate Wagner-Nothelle zunächst einen kenntnisreichen Überblick über die gesundheitspolitischen Projekte der laufenden Legislaturperiode: von den Pflegestärkungsgesetzen über das Präventionsgesetz, das Hospiz- und Palliativgesetz, das Krankenhausstrukturgesetz bis zum E-Health-Gesetz und den Eckpunkten für die neue Pflegeausbildung. Der demographische Wandel, EU-Vorgaben und lange verschleppte Reformvorhaben haben einen großen Druck aufgebaut, jetzt endlich zu handeln und Vorhaben umzusetzen.

Im Anschluss berichtete Professor Reinhard Wiesner über den gegenwärtigen Sachstand zur „Inklusiven Lösung“, die eine generelle Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe auch für die

Eingliederungsleistungen an Kinder und Jugendliche mit Behinderung befürwortet. Prof. Wiesner argumentierte mit viel Herzblut und konnte die Praktiker aus der Behinderten- und Jugendhilfe leicht überzeugen. Ein ergänzender Bericht aus der Praxis machte die Probleme vor Ort sehr deutlich.

Anschließend sprach mein Kollege Dr. Fritz Felgentreu noch über weitere Themen der Kinder- und Jugendhilfe. Im Zentrum standen vor allem Fragen der guten Versorgung minderjähriger Flüchtlinge, die— begleitet oder unbegleitet—sofortigen Bedarf nach pädagogischer Betreuung in Kitas und Schulen haben beziehungsweise von der



Jugendhilfe eine schnelle, konstante und kultursensible Betreuung erwarten. Das stellt Kommunen und Jugendämter vor enorme Herausforderungen.

GESAMTKONZEPT GEGEN SEXUELLEN MISSBRAUCH

Bei einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Nürnberg konnte ich im Juni das neue Gesamtkonzept zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt vorstellen.

Neben der Aufarbeitung und Hilfen für die Opfer sowie einem besseren strafrechtlichen Schutz setzt das Konzept vor allem auf Prävention, Beratung und Aufklärung: Kampagnen wie „TRAU DICH“ sollen Kinder ermutigen, sich anzuvertrauen. Das erweiterte Führungszeugnis soll verhindern, dass einschlägig auffällige Menschen überhaupt in Kinder- und Jugendgruppen oder in Sportvereinen mit Kindern und Jugendlichen arbeiten dürfen.

Schließlich bleibt der Jugendmedienschutz ein wichtiges Thema. Eltern

sind oft noch nicht genug dafür sensibilisiert, welche Risiken die zahllosen Kommunikationsdienste von Spielen bergen, die ansonsten durchaus kindergerecht sind. Hier sind Regeln besonders schwer durchzusetzen.

JUGEND UND PARLAMENT

„Die Verantwortung, die Abgeordnete haben, wird einem bewusst“ – so lautet das Resümée, das die Augsburger Schülerinnen Anja Hupfer und Lisa Gebauer vom Gymnasium Maria Stern nach dem Planspiel „Jugend und Parlament“ ziehen. Vier Tage waren sie mit 315 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren zu Gast im Deutschen



Bundestag, um in einem groß angelegten Planspiel den Weg der Gesetzgebung nachzuspielen. Die parlamentarischen Abläufe und die Arbeit in den Fraktionen findet dabei an den Originalschauplätzen statt.

Ich wünsche mir, dass die Erfahrung die beiden dauerhaft für Politik interessiert und begeistert.

Berlin Termine X

03.09.2015 | 14:00 Uhr

2-tägige Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Mainz

06.09.2015 | 11:00 Uhr

Tag der Ein- und Ausblicke — Bürgerbegegnung und Gespräche im Bundestag mit Vorstellungen der Projektgruppen auf der Fraktionsebene

21.09.2015 | 15:30 Uhr

Auftaktkonferenz zum Projekt Zukunft - #Neue Gerechtigkeit im Bundestag

DER NAHOST-KONFLIKT

Vor einem Jahr, im Juli 2014, holten die grausamen Bilder des Gaza-Kriegs den arabisch-israelischen Konflikt wieder ganz aktuell auf die Fernsehschirme und in unsere Wohnzimmer. Bei den Feiern zum 50. Jahrestag diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Mai 2015 war die Erinnerung daran schon wieder in den Hintergrund gerückt. Deutschland und Israel stehen seit Jahren in einem vielfältigen Austausch in Wissenschaft, Schule, Kultur

AUS
Augsburg



und in Städtepartnerschaften.

Zur Lösung des Nahostkonflikts kann das aber nur bedingt beitragen. Grund genug für mich, Professor Stephan Stetter, Konfliktforscher an der Universität der Bundeswehr in München, zu einer Diskussionsveranstaltung nach Augsburg einzuladen.

Im gut gefüllten Reichle-Saal im Zeughaus skizzierte Professor Stetter seine Sicht auf die jüngsten Entwicklungen im Nahostkonflikt und kritisierte beide Parteien, Israelis und Palästinenser, für ihre Verletzungen des Völkerrechts. Angesichts des harten Kurses der neuen Regierung Netanjahu ist er wenig optimistisch, dass in naher Zukunft eine dauerhafte Friedenslösung erreicht werden kann.

Die anschließende Diskussion über die Einbindung Deutschlands in den Friedensprozess verlief emotional und offen. Mir ist es bei allem Verständnis für unterschiedliche Perspektiven wichtig, einem neuen Antisemitismus, der sich hinter so mancher Israel-Kritik versteckt, entschieden entgegen zu wirken.

LESEN MACHT STARK!

Wer gerne liest, legt einen guten Grundstein für einen gelungenen Bildungsweg und aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen im Leseclub an der Schillerschule bieten Schülerinnen und Schülern—oft aus bildungsfernen Familien—ein interessantes, freizeitorientiertes Programm, das Spaß an Büchern weckt.

Mit Formaten wie „Deutschland sucht das Superbuch“ wecken sie spielerisch Spaß am Lesen. Darum bin ich am 7. Juli besonders gerne mit Bürgermeister Stefan Kiefer in den Leseclub gekommen. Im Gespräch mit den Kindern ging es vielfach um die eigenen Lieblingsbücher, die Leseerfahrungen als Kind, aber auch um konkrete Anliegen der Kinder an ihre „Stadtregierung“. Die Kinder trugen Stefan Kiefer zahlreiche Anliegen zur Schulsanierung oder zur Verschönerung von Spielplätzen vor.

Ich hoffe sehr, dass sich weiter Engagierte für dieses tolle Angebot finden!



FACHGESPRÄCH ZUR HOSPIZ- UND PALLIATIVVERSORGUNG

Gemeinsam mit Herrn Dr. Eckard Eichner vom Verein Augsburger Hospiz- und Palliativversorgung habe ich die Initiative ergriffen, ein Fachgespräch zum geplanten neuen Hospiz- und Palliativgesetz zu organisieren. Der Verein hat ein vorbildlich arbeitendes Netzwerk aufgebaut, in dem ambulante und stationäre Einrichtungen zusammen daran arbeiten, Menschen in ihrer letzten Lebensphase zu begleiten.

Mit meiner Kollegin Helga Kühn-Mengel, MdB, konnte ich dafür eine sehr kenntnisreiche und erfahrene Expertin gewinnen. Sie ist Berichterstatte- rin für das Hospiz- und Palliativgesetz und hat gerne den weiten Weg aus dem

Kölner Raum auf sich genommen, um am 9. Juli mit den Augsburger Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Die Teilnehmer begrüßten alle das Projekt einer gesetzlichen Neuregelung. Kritik gab es aber in Details. So forderten die Praktiker verbindliche Qualitätsstandards, konkretere Formulierungen und für die stationären Pflegeeinrichtungen eigene Palliativbeauftragte, damit die spezialisierten Dienste überall feste und kompetente Ansprechpartner finden. Helga Kühn-Mengel hörte aufmerksam hin und sagte zu, die angesprochenen Punkte mit in die Verhandlungen zu nehmen.



IN WÜRDE LEBEN, IN WÜRDE STERBEN

Bereits im letzten Herbst führte der Bundestag eine Orientierungsdebatte zur Neuordnung der Sterbehilfe. Im Juli, in einer der letzten Sitzungen vor der Sommerpause, lagen jetzt vier Anträge vor, die Unterstützer quer durch die Fraktionen finden. Denn bei diesem schwierigen Thema wird der Fraktionszwang aufgehoben, die Abgeordneten entscheiden frei nach ihrem Gewissen.

Da eine solche Entscheidung nicht leicht zu treffen ist, wollte ich viele Meinungen hören und in einer öffentlichen Veranstaltung mit Gästen aus Politik und Praxis und mit den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises über Sterbehilfe diskutieren. Dazu hatte ich meine Fraktionskollegin Kerstin Griese, MdB, die selbst Mitautorin eines Antrags ist, der Palliativarzt Dr. med. Josef Fischer und die Leiterin der Hospizgruppe Albatros in Augsburg, Renate Flach, auf das Podium geladen.

Mehr als 100 Gäste kamen in die Neue Stadtbücherei und beteiligten sich ebenfalls sehr sachlich und engagiert an

der Diskussion. Kerstin Griese stellte ihren Antrag ausführlich vor, der auf ein Verbot der geschäftsmäßigen, auf Wiederholung angelegten Suizidbeihilfe zielt. Dr. Fischer und Frau Flach bereicherten die sehr konstruktiv geführte Diskussion mit ihren persönlichen Erfahrungen mit Schwerstkranken und sterbenden Menschen.

Mir ist es besonders wichtig, dass die Sterbehilfe-Diskussion in Zusammenhang mit der Neuregelung des Hospiz- und Palliativgesetzes geführt wird. Zuwendung, medizinische Hilfe und Begleitung müssen im Zentrum stehen. Beihilfe zum Suizid darf kein Geschäft werden.



Augsburg Termine X

22.07.2015 | 18:30 Uhr

„Grenzgänger“ - Autorenlesung mit Prof. Dr. Martin Pfaff, MdB a.D.; Neue Stadtbücherei, S-Forum

24.07.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

07.08.2015 | 17:00 Uhr

Grenzen in Gefahr? Diskussionsveranstaltung zum Hohen Friedensfest mit Dr. Rolf Mützenich, MdB; Stadtbücherei, S-Forum

12.08.2015 | 16:45 Uhr

Gedenken für Bebo Wager, Westfriedhof

09.10.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de